

## **NIEDERSCHRIFT**

über die **2.** Sitzung des  
**des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
(XV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **27.05.2010**  
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich  
Kreissitzungssaal (1. Etage)  
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich  
(Tel. 02181/601-2171 oder -2172)  
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:50 Uhr  
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **• CDU-Fraktion**

1. Frau Dr. Linde Becker ab 18.00 Uhr Vertretung für Herrn Gerhard Heyner
2. Herr Karl-Heinz Ehms
3. Herr Hans-Josef Engels
4. Herr Reiner Geroneit Vertretung für Herrn Antonius Suppes
5. Herr Prof. h.c. (BG) Dr. med. Klaus Goder ab 18.00 Uhr
6. Frau Helga Hermanns
7. Herr Gerhard Heyner bis 18.00 Uhr Vertreterin ist Frau Dr. Linde Becker  
bis 19.45 Uhr
8. Herr Norbert Kallen
9. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
10. Frau Ursel Meis
11. Herr Werner Moritz
12. Frau Maria Widdekind
13. Frau Birte Wienands

#### **• SPD-Fraktion**

14. Herr Denis Arndt
15. Herr Udo Bartsch
16. Herr Udo Bernards Vertretung für Frau Margot Dubbel
17. Herr Rainer Schmitz
18. Frau Gertrud Servos
19. Herr Rainer Thiel bis 19.00 Uhr Vertreterin ist Frau Helga Weiss
20. Frau Helga Weiss ab 19.00 Uhr Vertretung für Herrn Rainer Thiel ab 19.00 Uhr

**• FDP-Fraktion**

21. Herr Christian Kohnen
22. Frau Christa Quellmann
23. Herr Dirk Rosellen

**• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

24. Herr Manfred Haag
25. Herr Martin Kresse
26. Frau Angela Stein-Ulrich

**• Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- |                                |  |
|--------------------------------|--|
| 27. Frau Karin Borrmann-Schulz | bis 19.40 Uhr                                    |
| 28. Frau Margit Kalthoff       | bis 19.15 Uhr Vertreter ist Herr Carsten Thiel   |
| 29. Herr Carsten Thiel         | ab 19.15 Uhr Vertretung für Frau Margit Kalthoff |

**• Die Linke**

- |                         |              |
|-------------------------|--------------|
| 30. Herr Oliver Reising | ab 17.15 Uhr |
|-------------------------|--------------|

**• beratende Mitglieder**

- |                                |               |
|--------------------------------|---------------|
| 31. Herr Karl-Heinz Brandofsky |               |
| 32. Herr Bernd Gellrich        | bis 19.15 Uhr |
| 33. Herr Christoph Havers      | bis 19.00 Uhr |
| 34. Herr Dr. Josef Merten      |               |
| 35. Herr Bülent Öztas          |               |

**• Gäste**

36. Herr Norbert Hözel
37. Frau Elke Jahnke
38. Frau Angelika Keßner
39. Frau Miriam Stickel

**• Verwaltung**

40. Herr Marcus Baumgarth
41. Herr Dr. Michael Dörr
42. Frau Dr. Maria Eisenhuth
43. Frau Wendeline Gilles
44. Herr Siegfried Henkel
45. Herr Karsten Mankowsky
46. Herr Martin Meisel

47. Herr Marcus Mertens
48. Frau Gabriele Neumann
49. Herr Dr. Ansgar Pöggeler
50. Herr Carsten Rumpeltin
51. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz
52. Frau Christiane Weber

• **Schriftführer/in**

53. Frau Birgit Toups

---

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
-------	--------	-------

---

### Öffentlicher Teil:

#### 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

##### Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Havers wurde als sachkundiger Bürger verpflichtet.

Dem Ausschuss lagen folgende Tischvorlagen vor:

##### I.

Zu Top 2.1 Aktueller ARGE-Report Rhein- Kreis Neuss  
Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen: „ARGE im Rhein-Kreis Neuss schlechter als NRW Durchschnitt“

Die Anfrage ist als Anlage dem Protokoll beigefügt.

##### II.

Zu Top 11 Mitteilungen  
Jahresbericht 2009 Frauen beraten- Donum vitae

##### III.

Zu Top 12 Anfragen  
Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen: „Energiesparberatung im Rhein- Kreis Neuss“

Die Anfrage ist als Anlage dem Protokoll beigefügt.

#### 2. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundversicherung für Arbeitsuchende -

## **2.1. Aktueller ARGE Report Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/0476/XV/2010**

### **Protokoll:**

Frau Gilles verwies auf den ARGE-Report für den Rhein-Kreis Neuss, welcher der Einladung beigelegt war.

Kreistagsmitglied Servos bat unter Hinweis auf Seite 5 des Berichtes um Auskunft, ob es besondere Aktivitäten gäbe, junge Menschen in Ausbildung oder Arbeit zu integrieren. Frau Gilles erklärte, dass eine Begleitung aller Jugendlichen ab 15 Jahre -und zum Teil schon bei Jüngeren- stattfindet, um deren Perspektive in Schule oder Ausbildung im Blick zu haben und sie zu unterstützen. Insbesondere im Frühjahr finden verstärkt Aktivitäten statt, unter anderem am sogenannten „Maikäfertag“, an welchem Arbeitsvermittler gezielt Betriebe auf freie Ausbildungsstellen ansprechen würden. Erfreulicherweise gebe es im Rhein-Kreis Neuss einen hohen Bestand an freien Ausbildungsstellen, so dass für diejenigen, welche sich um einen Ausbildungsplatz bemühen würden, gute Chancen bestünden, einen solchen zu erhalten. Die erste Halbjahresbilanz der ARGE zum Ausbildungsmarkt im Rhein-Kreis Neuss ist der Niederschrift in Anlage beigelegt.

Kreistagsmitglied Widdekind fragte, ob es gravierende Unterschiede in der Vermittlung von Jungen und Mädchen gäbe. Frau Gilles konnte hierzu feststellen, dass Mädchen tendenziell oft bessere Schulabschlüsse vorweisen würden als Jungen. Die Vermittlung verlaufe meist innerhalb der geschlechtstypischen Berufsbilder. Allerdings sei festzustellen, dass Frauen beim Anstieg der Arbeitslosigkeit in 2009 weniger betroffen gewesen seien als Männer, was womöglich an dieser Zuordnung zu geschlechtstypischen Berufsbildern gelegen habe und frauentypische Berufsbilder in den weniger konjunkturabhängigen Berufssparten lägen.

Kreistagsmitglied Kresse fragte, ob gewährleistet sei, dass mit der Beschäftigung von 1,-€ -Jobbern kein Gewinn für die Dienststelle verbunden sei. Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies darauf, dass das Thema bereits im Kreisausschuss besprochen worden sei. Die Position des Rhein-Kreises Neuss, dass der Einsatz von 1,-€ -Jobbern nicht weiterberechnet werden darf, sei bei den Akteuren am Arbeitsmarkt sowie der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände deutlich gemacht worden. Frau Gilles betonte, dass für diese Stellen strenge Zugangskriterien gelten würden und ein transparentes Kontrollsystem geschaffen worden sei. Insbesondere da sich auch Firmen über die entsprechenden Stellen informieren könnten sei gewährleistet, dass mit diesen Stellen kein Wettbewerbsvorteil verbunden sei.

Zur Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, welche als Tischvorlage in den Sozial- und Gesundheitsausschuss gegeben wurde, nahm Frau Gilles ausführlich Stellung. Die Zusammenfassung der Stellungnahme ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

### **SozGe/20100527/Ö2.1**

#### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **2.2. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften**

**Vorlage: 50/0469/XV/2010**

### **Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies darauf hin, dass die Kosten der Unterkunft im Vergleich zum Vormonat leicht gesunken seien. Projiziere man jedoch den Verlauf des Jahres 2009 auf den Verlauf des Jahres 2010, so weise diese Berechnung derzeit ein Defizit in Höhe von 1,5 Mio. Euro aus.

Ausschussmitglied Haag fragte, ob das Urteil des Landesverfassungsgerichts zu den Finanzausweisungen des Landes bei der Wohngelderstattung für den Rhein-Kreis Neuss ein finanzielles Risiko bedeuten würde. Allgemeiner Vertreter Steinmetz teilte hierzu mit, dass zunächst nicht von Einbußen für den Rhein-Kreis Neuss auszugehen sei. Er könne nur, da die neuen Datengrundlagen für die Verteilung noch nicht feststünden, momentan auf die Stellungnahme des Landkreistages verweisen, worin das Urteil begrüßt werde.

### **SozGe/20100527/Ö2.2**

#### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **3. Neuorganisation der ARGE Rhein-Kreis Neuss**

**Vorlage: 50/0477/XV/2010**

### **Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte zunächst für die mit der Einladung übersandte umfangreiche Darstellung der Alternativen. Er gehe davon aus, dass das Thema noch in den Fraktionen beraten werden müsse, da es sich um eine überaus komplexe Materie handle. Er regte daher an, in der heutigen Sitzung noch keine Entscheidung zu treffen, sondern lediglich eine Einführung in die Gesamtthematik durch die Verwaltung vorzunehmen. Hierfür spreche auch, dass das Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen sei. Eine tiefer gehende politische Beratung und Beschlussfassung könne in einer späteren Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses erfolgen, wobei ggf. eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses einberufen werden müsse.

Kreistagsmitglied Thiel bestätigte für die SPD-Fraktion, dass noch Besprechungsbedarf in der Fraktion bestünde und regte an, die Städte und Gemeinden zu einer schriftlichen Stellungnahme zur Frage Jobcenter oder Option aufzufordern. Hiernach könne

der Verwaltung ein Fragenkatalog durch die Fraktion vorgelegt werden. Er befürworte den Vorschlag, eine zusätzliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses anzusetzen.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz betonte, dass der Verwaltung an einer rechtzeitigen Entscheidung gelegen sei um auch die nötige Sicherheit bei den Kunden und Mitarbeitern der ARGE zu schaffen. Die Verwaltung habe bereits die notwendigen Gespräche anberaumt. Am 1. Juni finde ein Gespräch mit den Bürgermeistern, am 14. Juni mit den Sozialdezernenten statt. Ein Gespräch mit der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände sei ebenfalls bereits terminiert.

Kreistagsmitglied Kresse regte eine interfraktionelle Steuerungsgruppe an, welche die weiteren sich ergebenden Fragen zeitnah abarbeiten könnte. Er lobte die gute Zusammenarbeit in der ARGE, sehe aber auch Vorteile in der Option.

Ausschussmitglied Quellmann teilte mit, dass sich die FDP-Fraktion dem Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Dr. Klose anschließe.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies noch einmal auf die Bedeutung der anstehenden Frage hin. Es gehe um 15.000 Bedarfsgemeinschaften, 30.000 Leistungsempfänger, 320 ARGE Mitarbeiter und ein Finanzvolumen von 210 Mio. Euro pro Jahr. Entscheidend sei die Frage, welchem System, Jobcenter oder Optionskommune, mehr zuzutrauen sei. Bei der Beurteilung dieser Frage sei zu beachten, dass das Jobcenter nicht das Nachfolgemodell der ARGE sei. Mit der ARGE sei die Zusammenarbeit gut gewesen, das Jobcenter habe aber andere Bedingungen, so dass die Chancen und Risiken beider Modelle abzuwägen seien. Zum Wettbewerb der optierenden Kommunen führte er aus, dass für Nordrhein-Westfalen voraussichtlich 7 neue Optionen vergeben würden. Zurzeit seien 10 Kommunen bekannt, welche optieren möchten. Es gäbe keine Optionskommune, welche die Option zurücknehmen wolle. Es sei lediglich bekannt, dass ein Kreis beabsichtige die Delegation innerhalb der Option zurückzunehmen um die Aufgaben alleine als Kreis wahrzunehmen. Formell wies Allgemeiner Vertreter Steinmetz darauf hin, dass die Entscheidung über die Option allein der Kreis treffe, unabhängig vom Votum der Städte und Gemeinden. Fraglich sei, wie sich hier gegensätzliche Auffassungen auf den Wettbewerb auswirken könnten.

Der Amtsleiter des Kreissozialamtes, Siegfried Henkel, stellte dem Ausschuss in einer Präsentation die wesentlichen Inhalte und Grundlagen des zukünftigen Entscheidungsprozesses nochmals detailliert vor. Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Kreistagsmitglied Rosellen fragte an, wie das finanzielle Risiko aussehe, wenn im Fall einer Option die Ausgaben das vorgegebene Budget überschreite. Weiterhin sprach er die IT-Schnittstellen zum Bund im Falle der Option an. Er bat um Auskunft, ob die Informationen der Bundesagentur auch weiterhin zugänglich seien. Herr Henkel führte aus, dass sowohl dem Jobcenter als auch der Optionskommune ein gleiches Budget für Verwaltungs- und Eingliederungsleistungen zur Verfügung stehe. Hiermit müsse man in beiden Fällen auskommen. Nicht budgetiert seien die Ausgaben für die passiven Leistungen, sie würden in voller Höhe von der Agentur getragen. Bezüglich der IT Nutzung sei sicherzustellen, dass bei Wechsel der Systeme ein Datentransfer stattfinden könne. Inwieweit die Bundesagentur im Falle einer Option Dienstleistungen zur Verfügung stelle, sei noch abzuklären.

Kreistagsmitglied Rainer Thiel sah Vorteile in einer bundsweit einheitlichen Arbeitsmarktpolitik durch einen einheitlichen Organisationsaufbau. Die Kommunalisierung

berge Risiken aber auch Vorteile, die es abzuwägen gelte. Er kündigte einen detaillierten Fragenkatalog seiner Fraktion an. Eine Tendenz zu der einen oder anderen Organisationsform gäbe es derzeit noch nicht.

Ausschussmitglied Haag zeigte auch einige Fragen auf. Positive Aspekte für eine Option sehe er insbesondere im Bereich Personal und Aufsicht.

Kreistagsmitglied Bartsch fragte nach der Übernahme der Kosten für die Pensionsrückstellungen der ggf. zu übernehmenden Bundesbeamten. Zur Frage der beamtenrechtlichen Versorgungslasten wird auf Seite 13, 2ter Absatz des Arbeitspapiers verwiesen. Weitere Ausführungen erfolgen in den Erläuterungen zur Einladung für die nächste Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses.

Kreistagsmitglied Carsten Thiel fragte, ob bei sinkender Zahl von Bedarfsgemeinschaften auch der Personalkostenzuschuss reduziert würde, so dass die Kosten für einen daraus entstehenden Personalüberhang durch die Kommunen zu tragen wären. Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass die Festlegung jährlich erfolge. Hierin liege der Grund, dass viele Verträge nur befristet abgeschlossen würden. Ergänzend führte Frau Gilles aus, dass Verwaltungs- und Eingliederungsbudget deckungsfähig seien. Es sei bei einer Unterdeckung des Verwaltungsbudgets möglich einen Ausgleich aus dem Eingliederungsbudget vorzunehmen, so dass das Risiko relativiert werde. Für die ARGE bestimme die Trägerversammlung durch Beschluss, wie hoch die Entnahme maximal betragen dürfe. Dies gelte gleichermaßen für Optionskommune und Jobcenter. Ob es zukünftig eine gesetzliche Obergrenze für die Entnahme geben werde, könne zurzeit nicht beurteilt werden.

### **SozGe/20100527/Ö3**

#### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### **4. Zusammenarbeit der Flankierenden Dienste und der ARGE Rhein-Kreis Neuss - gemeinsamer Bericht der Träger und der AREGE über die Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II Vorlage: 50/0484/XV/2010**

##### **Protokoll:**

Frau Gilles erläuterte, dass es eine Vereinbarung zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und den Dienstleistern für die flankierenden Leistungen gebe, deren Nutznießer die ARGE sei.

Die flankierenden Dienste wurden anhand einer Präsentation vorgestellt, welche dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

Anschließend wurde ein Fallbeispiel der Schuldnerberatung aus Sicht des Betroffenen, des Fallmanagers und des Beraters dargestellt.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Haag erklärte Frau Gilles, dass eine Vermittlung in die flankierenden Leistungen auch dann erfolge, wenn der Betroffene einer Schweigepflichtsentbindung gegenüber dem Fallmanager nicht zustimme. In diesem Fall könne aber eine effektive Zusammenarbeit und gemeinsame Beratung nicht erfolgen.

#### **SozGe/20100527/Ö4**

##### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### **5. Einrichtung einer ARGE Ombudsstelle (Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 09.04.2010)**

**Vorlage: 50/0485/XV/2010**

##### **Protokoll:**

Kreistagsmitglied Widdekind verwies auf die eindeutigen Ausführungen der Verwaltung und kündigte an, dass die CDU Fraktion der Einrichtung einer Ombudsstelle nicht zustimmen werde.

Kreistagsmitglied Kresse verwies auf den Antrag, in welchem eine Ombudsperson im Gefüge der ARGE vorgeschlagen werde. Es sei jedoch nach den Erfahrungen der ARGE Duisburg festzustellen, dass eine dortige Ansiedlung nicht sinnvoll sei. Er schlug vor, eine unabhängige Beratung über die Arbeitslosenberatungsstelle Neuss sicherzustellen.

Kreistagsmitglied Servos sah es ebenfalls als sinnvoller an auf Dauer die Arbeitslosenberatungsstelle zu fördern, als eine zusätzliche, ehrenamtliche Person als Ombudsmann einzustellen.

#### **SozGe/20100527/Ö5**

##### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss lehnt gegen die Zustimmung der Fraktion UWG / Die Aktive mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP, bei Enthaltung der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der Fraktion Die Linke mehrheitlich den Antrag auf Einrichtung einer Ombudsstelle für die ARGE Rhein-Kreis Neuss ab.

## **6. Bericht zur Zahngesundheit bei Kindern und Jugendlichen Vorlage: 53/0472/XV/2010**

### **Protokoll:**

Dezernent Mankowsky stellte heraus, wie wichtig es sei, in das Thema Gesundheit in einer älter werdenden Generation zu investieren. Aufgrund einer Vereinbarung mit den Krankenkassen zur Förderung der Gruppenprophylaxe gem. § 21 SGB V, führe der Rhein-Kreis Neuss seit 1991 flächendeckend Kontrollen durch zahnärztliche Teams durch.

Der von Dr. Pöggeler vorgetragene Bericht zur Zahngesundheit bei Kindern und Jugendlichen ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Kreistagsmitglied Widdekind fragte nach der Reaktion der Eltern auf Elternbriefe sowie auf die Möglichkeiten der Kinderärzte im Rahmen der U-Untersuchungen Symptome wie zum Beispiel bei der Nuckelkaries festzustellen. Dr. Pöggeler teilte mit, dass nachgehalten werde, ob die Eltern auf die Briefe reagiert hätten. Überwiegend sei dies der Fall, ansonsten werde seitens der Behörde schriftlich oder telefonisch nachgehakt. Dr. Pöggeler bestätigte, dass Kontakte zu Kinderärzten hergestellt würden, um bei diesen eine Sensibilisierung für die Wichtigkeit der Zahngesundheit zu erreichen.

### **SozGe/20100527/Ö6**

### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **7. Tätigkeitsbericht der AIDS-Beratungsstelle des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 53/0471/XV/2010**

### **Protokoll:**

Dezernent Mankowsky stellt Frau Neumann vor, welche die schwierige und sensible AIDS-Beratung vor Ort leiste. Der Tätigkeitsbericht der AIDS-Beratungsstelle wurde von Herrn Rumpeltin vorgestellt und ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Ausschussmitglied Quellmann fragte, wie man in diesem Bereich an sichere Fallzahlen gelangen könne. Herr Dr. Dörr bestätigte, dass es ein großes Anliegen sei, verlässliche Zahlen zu erhalten. Leider sei die Statistik jedoch aufgrund gesetzlicher Vorgaben anonymisiert und beziehe sich auf eine größere Region, so dass eine Statistik nur bezogen auf den Rhein-Kreis Neuss nicht geliefert werden könne.

Herr Dr. Dörr erläuterte auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Servos, dass der Schnelltest, sofern er negativ sei und die Infektionsgefahr mehr als 3 Monate zurückliege, verlässliche Ergebnisse liefere. Im Falle eines positiven Ergebnisses sei eine Nachkontrolle und eine Nachsorge angezeigt. Der Schnelltest würde ausschließlich über das Gesundheitsamt angeboten und würde nicht während öffentlicher Veranstaltungen durchgeführt.

**SozGe/20100527/Ö7**

**Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

- 8. Familienfreundlicher Rhein-Kreis Neuss: Einrichtung eines Fonds für ALG-II-Bezieherinnen zur Selbstbestimmung der Familienplanung (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.12.2009)  
Vorlage: 50/0486/XV/2010**

**Protokoll:**

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Einverständnis der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf die nächsten Sitzungen vertagt.

- 9. Düssel-Pass  
Vorlage: 50/0487/XV/2010**

**Protokoll:**

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Einverständnis der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf die nächsten Sitzungen vertagt.

- 10. Zentraler Pflegeplatz-Nachweis im Rhein-Kreis Neuss - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.05.2010  
Vorlage: 50/0488/XV/2010**

**Protokoll:**

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Einverständnis der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf die nächsten Sitzungen vertagt.

## **11. Mitteilungen**

### **11.1. Signet "barrierefreies Nordrhein-Westfalen" - Rhein-Kreis Neuss bewirbt sich um Gütezeichen zur Barrierefreiheit Vorlage: 50/0489/XV/2010**

#### **Protokoll:**

Kreistagmitglied Servos fand es wenig sinnvoll, im Kreisgebiet unterschiedliche Kriterien für die Barrierefreiheit zu verwenden und schlug vor, sich innerhalb des Rhein-Kreises besonders mit der Stadt Neuss, die nach dem Modell „Berlin barrierefrei“ plane, abzustimmen. Hierzu erläuterte Allgemeiner Vertreter Steinmetz, dass zunächst ausschließlich die Gebäude des Rhein-Kreises Neuss Gegenstand der Gespräche seien und eine Beteiligung der Kommunen zur Zeit noch nicht angezeigt sei. Ausschussvorsitzender Dr. Klose wies ergänzend darauf hin, dass es sich um eine landeseinheitliche Aktion handele und somit die gleichen Kriterien Beachtung finden würden.

#### **SozGe/20100527/Ö11.1**

#### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss spricht sich für die Auszeichnung der Gebäude des Rhein-Kreises Neuss mit dem Signet „Nordrhein-Westfalen ohne Barrieren“ aus und beauftragt die Verwaltung, ein Gremium zu berufen, das für die Prüfung der baulichen und gestalterischen Kriterien sowie für die Vergabe der Auszeichnung zuständig ist. In diesem Gremium sollen insbesondere Vertreter der Behindertenverbände sowie Selbsthilfegruppen vertreten sein.

Über die Arbeit des Gremiums soll zu gegebener Zeit der Sozial- und Gesundheitsausschuss informiert werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**11.2. Bericht aus der Sitzung Kommission "Silberner Plan" vom 03.05.2010**

**Protokoll:**

Der Bericht ist der Niederschrift beigefügt.

**11.3. Bericht aus der 25. Sitzung der Pflegekonferenz vom 10.05.2010**

**Protokoll:**

Das Protokoll der 25. Sitzung der Pflegekonferenz ist der Niederschrift beigefügt.

**11.4. Seniorenhäuser ( 15 Jahre Seniorenhaus Lindenhof / Auszeichnung für Sturzprävention im Seniorenhaus Korschenbroich )**

**Vorlage: 50/0490/XV/2010**

**Protokoll:**

Hierzu wurde nicht das Wort gewünscht.

**11.5. Fortsetzung des Projekts Sturzprävention**

**Vorlage: 53/0465/XV/2010**

**Protokoll:**

Hierzu wurde nicht das Wort gewünscht.

**11.6. Beteiligung am Anreizprogramm "Gerontopsychiatrische Beratung als Teil eines Gerontopsychiatrischen Verbundes (GPV) für das Jahr 2010**

**Vorlage: 53/0467/XV/2010**

**Protokoll:**

Dezernent Mankowsky wies darauf hin, dass hierzu noch eine Rückmeldung des Kreiskrankenhauses St. Elisabeth abgewartet werde.

**12. Anfragen**

**12.1. Noroviren in Gemeinschaftseinrichtungen - Anfrage der Fraktion**

**UWG / Die Aktive vom 26.04.2010**

**Vorlage: 53/0474/XV/2010**

**Protokoll:**

Von der Fraktion UWG / Die Aktive wurde mitgeteilt, dass die Anfrage durch die Erläuterung in der Sitzungseinladung ausreichend beantwortet worden sei.

## **12.2. Maßnahmen im Pandemiefall - Anfrage der Fraktion UWG/Aktive vom 26.04.2010**

### **Vorlage: 53/0475/XV/2010**

#### **Protokoll:**

Kreistagsmitglied Carsten Thiel hielt es für sinnvoll, dass in einem Pandemiefall zum Beispiel an einer Schule alle Eltern unmittelbar durch die Behörde informiert würden. Herr Dr. Dörr erläuterte, dass dies wünschenswert sei, jedoch die jeweilige Schulleitung in eigener Zuständigkeit über die Information der Eltern entscheiden müsse.

## **12.3. Energiesparberatung im Rhein-Kreis Neuss - Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

#### **Protokoll:**

Auf Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / die Grünen, welche dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, berichtete Allgemeiner Vertreter Steinmetz wie folgt: Das Projekt „StromSparService“ sei im vorletzten Sozialausschuss vorgestellt worden. Für das Projekt seien bei den Haushaltsberatungen 30.000,-€ zur Verfügung gestellt worden. Im Februar seien die Teilnehmer für die 7 Arbeitsgelegenheiten ausgewählt worden. Im Februar / März habe die Einarbeitung stattgefunden, danach sei mit Hausbesuchen begonnen worden. Bis dato seien 67 Besuche erfolgt bzw. terminiert. Das Projekt würde in einer der nächsten Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses ausführlich vorgestellt.

Kreistagsmitglied Kresse fragte ergänzend, warum keine Entgeltvariante gewählt und warum das Projekt in Düsseldorf angesiedelt worden sei. Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies hierzu auf die Erfahrung des Caritasverbandes Düsseldorf, speziell mit dieser Projektgestaltung.

Frau Gilles teilte mit, dass immer eingehend geprüft würde, ob eine Entgeltvariante für eine Maßnahme sinnvoll sei. Im vorliegenden Falle habe man sich gegen diese Variante entschieden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Kbse um 19:50 Uhr die Sitzung.

**Dr. Hans-Ulrich Klose**  
Vorsitz

**Birgit Toups**  
Schriftführung